

**NDR Info Das Forum**  
**STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN**  
Joachim Hagen

**10.03.2018 /19.20-19.50 Uhr**  
**11.03.2018 /12.30-13.00 Uhr**  
E-Mail: [streitkraefte@ndr.de](mailto:streitkraefte@ndr.de)  
[www.ndr.de/info](http://www.ndr.de/info)

**Inhalt:**

- Präsidentschaftswahl in Russland – Mit Folgen für Putins Außenpolitik? Interview mit Prof. Hans-Henning Schröder
- Waffen für die Welt – Rüstungsexportoffensive der USA?
- US-Kampfflugzeug als Alternative? Luftwaffe auf der Suche nach einem Tornado-Nachfolger

Zur Verfügung gestellt vom NDR  
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer Sendereihe, am Mikrophon: Joachim Hagen. Und darum geht es heute:

- Neue Atomwaffen für Russland - Wahlkampfmanöver Putins oder neue Strategie?
- Die Rüstungsexportoffensive der USA - Waffen für die ganze Welt? Und:
- US-Kampfflugzeug als Alternative? Die Luftwaffe sucht nach einem Tornado-Nachfolger.

In einer Woche wird in Russland ein neuer Präsident gewählt. Wobei niemand daran zweifelt, dass der neue auch der alte sein wird. Vor wenigen Tagen hat Wladimir Putin seine oft verschobene Rede zur Lage der Nation gehalten. Darin ging es zwar auch um die sozialen und wirtschaftlichen Probleme Russlands, aber vor allem schwärmte Putin von neuen Atomwaffen, die angeblich von keinem Abwehrsystem abgefangen werden können. In diesem Zusammenhang beschwerte er sich, dass der Westen in der Vergangenheit nicht mit Russland habe reden wollen. Jetzt, so Putin, müsse der Westen zuhören. Darüber habe ich mit dem Politikwissenschaftler und Russlandexperten, Professor Hans-Henning Schröder, aus Bremen gesprochen.

Das klingt doch nach: Bitte, lieber Westen, nimm uns wieder ernst. Ist das der Hintergrund für dieses Säbelrasseln oder steckt da mehr dahinter?

Interview Joachim Hagen / Professor Hans-Henning Schröder

Schröder: Es stecken eigentlich zwei Dinge dahinter. Das Eine ist ein tiefes Trauma nach dem Zerfall der Sowjetunion und dem Absturz Russlands in die sicherheitspolitische Bedeutungslosigkeit. Im Gegensatz zur Sowjetunion, wo sie die andere Supermacht waren. Und dann wurden sie jahrelang nicht mehr ernst genommen. Und dann ganz konkret die Kündigung des ABM, also des Raketten-Abwehr-Vertrages durch die USA, der nun wirklich die strategische Stabilität gefährdet hat. Weil die Gefahr bestand, dass Russland keine Zweitschlagsfähigkeiten mehr hatte, keine Nukleare. Und wenn Sie sich die Waffen, die er vorstellte in der Botschaft an die Föderalversammlung am 1. März, dann waren das alles Waffensysteme, mit denen man eine mögliche amerikanische strategische Verteidigung durchbrechen kann. Also in der Vorstellung von Putin ist Russland wieder da: Wir sind wieder wer. Und gleichzeitig verfügen sie über die Fähigkeiten, die amerikanische Raketenabwehr zu durchbrechen. Also sie sind auf Augenhöhe.

Hagen: Ist das das Ende der internationalen Rüstungskontrolle? Wie würden Sie das einschätzen, ist das vielleicht sogar die Rückkehr des Kalten Krieges?

Schröder: Nein. Es ist eigentlich der Beginn von Rüstungskontrolle, die wir lange nicht gebraucht haben. Denn auf dieser Basis könnten sich jetzt die nuklearen Supermächte zusammensetzen und diskutieren, nicht nur, wie man die Weiterverbreitung verhindert, sondern auch, wie man gegenseitig die Vernichtung sichert. Also wie man garantieren kann, dass keiner ungestraft den Anderen angreifen kann. Er hat ja zwei Themen außen vor gelassen, die er überhaupt nicht behandelt hat, die relevant wären für Rüstungskontrolle. Das Eine wäre die Konventionelle. Wir haben ja kein funktionierendes System konventioneller Rüstungskontrolle in Europa mehr derzeit. Das hat er überhaupt nicht berührt. Und das Zweite ist, was so diskutiert wird - die Frage der Mittelstreckenraketen, also der INF-Vertrag. Wo es offensichtlich in Russland Überlegungen gibt, diese Kategorie von Mittelstreckenraketen wieder herzustellen.

Das hat man aber bisher nicht getan und das hat er auch nicht thematisiert. Natürlich sind das attraktive Waffen- kurze Flugzeugen, hohe Treffgenauigkeit. Da könnte man von Russland aus Peking, Ankara, Teheran gut erreichen. Das heißt, für all die Konflikte, die Russland im Ernst jetzt hat, hätten sie sozusagen eine wirksame Abschreckungswaffe, die sie aber nicht haben aufgrund des INF-Vertrages.

Hagen: Aber wenn Sie sagen, da wären jetzt Verhandlungen nötig, müsste man ja auch sagen, man braucht dafür ein Gegenüber. Und in Amerika sieht es ja momentan nicht so sehr danach aus, als gäbe es da einen verantwortungsbewussten Verhandlungspartner.

Schröder: Das ist in der Tat das große Problem. Nicht nur, dass der Westen nicht mit einer Stimme spricht, sondern auch, dass die USA als diejenige, die tatsächlich strategische Abrüstungsgespräche führen müsste, dazu offensichtlich momentan nicht in der Lage sind.

Hagen: Kommen wir mal zu einem anderen Thema, zu dem Syrien-Einsatz der russischen Streitkräfte. Auch dort lässt ja Putin seine militärischen Muskeln spielen. Er stützt den Machthaber Assad. Manche Kritiker haben Moskau ja vorhergesagt, dass es zu einem zweiten Afghanistan kommen werde, also zu einem schmachvollen Rückzug. Doch dazu ist es nicht gekommen. War die Syrien-Intervention aus Sicht des Kremls ein Erfolg?

Schröder: Es war zweifellos ein Erfolg. Man muss sehen, dass der Kreml, also die russische Führung, intelligent die Lage analysiert hat. Gesehen hat, dass man mit vergleichsweise geringen Mitteln – das sind ja geringe Mittel, die eingesetzt worden sind – auf dem Boden eigentlich nur Special Forces, also Spezialtruppen, und dann mit relativ geringen Luftwaffenkapazitäten in Verbindung mit dem Iran, den man sozusagen eingebunden hat und den Truppen von Assad, die man trainiert hat, hat man einen militärischen Erfolg erreicht. Also mit geringem Einsatz einen großen politischen Erfolg. Das Problem ist, dass der Krieg eben nicht vorbei ist, dass man, was man gerne hätte, nämlich jetzt eine Friedenslösung zusammen mit dem Iran und der Türkei und Syrien, dass man

die im Moment offensichtlich nicht erreichen kann, sondern dass das internationalisiert werden muss. Dass das aber weder der Iran noch Russland noch die Türkei wollen.

Hagen: Ein weiteres Problem ist ja offenbar dieses russische Sicherheitsunternehmen Wagner in Syrien. Das scheint ja so eine Art Söldnertruppe im Auftrag des Kreml zu sein – welche Rolle spielt das?

Schröder: Wenn man das nach den Informationen beurteilen kann, ist es so etwas wie Black Water, also eigentlich eine Privatisierung von Krieg, die da geführt wird. Und denen Aufgaben übergeben werden, die offiziell reguläre Streitkräfte nicht wahrnehmen wollen oder dürfen. Es scheint so, wenn das, was an Information da ist, zutrifft, dass sie finanziert werden oder auch organisiert werden von Prigoschia ist derjenige, der als Koch des Kreml bekannt geworden ist, also eine Person aus Petersburg, ein Oligarch, dem große Nähe zu Putin nachgesagt wird. Insofern kann man davon ausgehen, dass diese Wagner-Truppe offiziöse Aufgaben, also Aufgaben wahrnimmt, die im Sinne der Regierung sind. Und wenn man sich das anschaut, offensichtlich sind sie eingebunden in syrische Strukturen, bilden da aus, kämpfen da mit, und nehmen die Aufgaben wahr, die die russische Regierung eben nicht tut, die eben keine Landstreitkräfte geschickt hat.

Hagen: Aber trotzdem sind jetzt Söldner ums Leben gekommen. Könnte der Tod dieser Wagner-Soldaten Putin schaden, weil damit auch der russischen Bevölkerung klar wird, dass das ein blutiger Konflikt ist, der eben nicht so ohne Weiteres gewonnen werden kann?

Schröder: Wenn man die russische Presse verfolgt und die Medien, hat man nicht den Eindruck. Über diese Wagner-Truppe war eigentlich nichts bekannt oder es wurde nicht behandelt in den Medien. Das tauchte dann erst auf mit den Zahlen ein oder zwei, dann mit elf, dann wurde im Westen von 200 geredet, das wurde dann offiziell dementiert. Dabei wurde zugegeben, es hat aber doch eine einstellige Zahl von Toten gegeben, von Russen in diesem Bereich. Und da sickert es so langsam durch, aber das Ganze war so verzögert und so

verblümt, dass die Tatsache, dass Russen gestorben sind, nicht wahrgenommen wurde. Es gibt natürlich die zwei oder drei Fälle, die durch die Presse gegangen sind, wie der Major, der abgeschossen worden ist, und der sich dann mit der Handgranate in die Luft gesprengt hat, als sich die feindlichen Kämpfer näherten. Der ist jetzt Held Russlands und wird entsprechend gefeiert. Also das wird zelebriert. Während die Wagner-Toten weitgehend verdrängt werden.

Hagen: Trotzdem fällt ja auf, dass es so eine Art Nutzung irregulärer Truppen ist, also von irregulären Kämpfern. Das war ja auch in der Ukraine, also bei der Annexion der Krim auch so ein Phänomen, dass man da das Gefühl hatte, das waren keine regulären Truppen. Ist das jetzt so eine, sagen wir mal neue Strategie Putins? Irreguläre Kämpfer einzusetzen, um seine Ziele zu erreichen?

Schröder: Wie neu das ist, wage ich nicht zu sagen. Also wir haben das in Transnistrien gehabt, wir haben das auf der Krim gehabt, wir haben es in der Ost-Ukraine. Wobei uns immer unklar war, sind das eigentlich einfach Leute, die nominell beurlaubt sind, aber weiter dem Kommando der GRU, also dem Geheimdienst der Armee unterstehen oder dem Auslandsgeheimdienst, je nachdem, wer da zuständig ist. Wir haben in der Ost-Ukraine dann auch geschlossene Truppenverbände gehabt, davon gehe ich aus, dass das einfach reguläre Truppenverbände waren. Ein Panzerbataillon muss gemeinsam trainieren und muss ausgebildet werden über längere Zeit, damit es funktioniert. Also wir haben beides gehabt, wir haben reguläre Truppen und wir haben in hohem Maß irreguläre Kämpfer gehabt, von denen es schwer ist zuzuschreiben, ob sie so etwas sind wie Wagner. Also eine private Gesellschaft, beauftragt vom Kreml, oder ob es einfach Leute sind, die finanziert und gesteuert werden von den Geheimdiensten.

Hagen: Kommen wir nochmal zu Syrien zurück. Profitiert Putin in Syrien von einem Machtvakuum, das Trump im Nahen Osten hinterlassen hat?

Schröder: Ja, ganz sicher. Wobei es nicht nur Trump war, sondern die Strategie der USA in Syrien war auch unter Obama ziemlich unklar und auch wenig effektiv. Da hat es ein Vakuum gegeben, in das dann Russland mit einer ziem-

lich durchdachten Strategie auch einem politischen Konzept, das zynisch war natürlich. Irgendjemand stärkt Assad und stärkt sozusagen dann die Seite, die sich dann durchsetzen kann. Und damit haben sie einen Erfolg erzielt. Und sie haben damit die Position eines wichtigen Akteurs im Nahost-Raum wiedergewonnen. Nachdem sie eigentlich aus der ganzen Region zurückgedrängt worden waren, jetzt kommt man ohne Russland, das gute Verbindungen hat zur Türkei, zum Iran, aber auch eine ständige Verbindung zu Israel und Saudi-Arabien, nicht aus. Regelungen im Nahen Osten werden ohne Russland nicht gehen. Und das ist nicht nur ein militärischer Erfolg, das ist auch ein außenpolitischer Erfolg, der da erreicht worden ist.

Hagen: Sie haben gerade die Türkei angesprochen. Nach dem Abschuss eines russischen Kampfflugzeuges durch das türkische Militär gab es ja, sagen wir mal, eine kleine Eiszeit zwischen Russland und der Türkei. Davon ist ja jetzt nichts mehr zu spüren und die Türkei will sogar ein russisches Luftverteidigungssystem kaufen. Ist damit die Strategie des Westens, Russland zu isolieren, gescheitert?

Schröder: Es hat ja in diesem Sinne keine Strategie des Westens gegeben, Russland zu isolieren. Sondern Russland hat sich eigentlich mit der Zerstörung des europäischen Sicherheitssystems – als es die Krim annektiert hat, ist ja im Grunde die OSZE gegenstandslos geworden und die ganzen Regeln der Pariser Charta und dergleichen - hat sich Russland verabschiedet aus dem Konsens, den es vorher in Europa und im Rahmen der OSZE, d.h., also auch mit den USA, gegeben hat. Es hat jetzt durch militärische Erfolge, durch intelligentes Taktieren im Nahen Osten eine Position wiedererobert. Dass man gleichzeitig der Türkei noch Waffen verkaufen kann, die nach allem, was man hört, durchaus leistungsfähig sind und auch ein gutes Geschäft für die Türkei, ist dann noch ein zweiter Punkt. Eine Isolierung habe ich ohnehin nie gesehen, weil die Achse zwischen Peking und Moskau hat funktioniert, die Beziehung zu Indien, als einen der größten Waffenimporteure aus Russland oder auch gemeinsame Produktion von Waffen, hat immer weiter funktioniert. Auch die Sanktionen, die wir hier in Europa oder auch die USA ausgegeben haben, waren ja nicht darauf gerichtet, die russische Wirtschaft zu strangulieren oder zu

ersticken, sondern es ging darum, Russland abzumahnern in der Hoffnung, dass sie an einen Konferenztisch zurückkehren um über europäische Sicherheit und Sicherheit der europäischen Grenzen zu reden. Das hat nicht funktioniert. Das muss man sagen.

Hagen: Aber muss man nicht auch sagen, dass Russland schon nahe dran ist sozusagen, einen NATO-Partner aus dem westlichen Verteidigungssystem herauszubrechen? Dadurch, dass man eben Waffen verkauft an die Türkei und mit ihr zusammenarbeitet. Anders gefragt: Kann die NATO sich noch auf die Türkei wirklich verlassen?

Schröder: Ich sehe im Moment keinen Konflikt, der für die NATO so relevant wäre, dass sie die Türkei auf ihrer Seite bräuchte. Das, was die Türkei im Moment im Nahen Osten macht, entspricht ihren Eigeninteressen. Und das Grundproblem, das die russische Politik auch gut erkannt hat und das es nutzt, ist, dass die Türkei in dem, was sie im Nahen Osten macht, sich einen Gegensatz setzt zu den USA und zu anderen NATO-Partnern. Und damit hat sich der Riss aufgetan. Und diesen Riss nutzt Russland aus. Das heißt, wir haben es zu tun mit einer intelligenten Außenpolitik, die auch die Konflikte und die Widersprüche nutzt, die da sind.

Hagen: Sie haben vorhin am Anfang schonmal erwähnt, dieses Gefühl, dass Russland sich eingekreist fühlte auch durch das Scheitern des ABM-Vertrages, wie sieht es eigentlich in der russischen Bevölkerung aus? Ist da auch dieses Gefühl verbreitet, dass man von Feinden umgeben ist, und stärkt das diese russische Politik des Eingreifens auch in Syrien?

Schröder: Das ist ganz sicher der Fall. Wir haben in der russischen Öffentlichkeit einen wachsenden Patriotismus, der sich darauf stützt, dass man das Gefühl hat, Russland hat nur zwei Verbündete, nämlich seine Armee und seine Flotte. Und sonst hat man keine Freunde auf der Welt. Und aus diesen Vorstellungen einer Isolation heraus, wird die Regierung getragen, wird Putin getragen und ist auch eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bereit, eine Politik zu stützen, die ihnen auch Erfolge schafft. Sie müssen ja auch sehen, dass

diese Präsentation neuer Waffensysteme, die Putin am ersten März per Video vorgeführt hat, übertragen direkt im Fernsehen, natürlich auch eine Genugtuung ist – wir können das auch. Und er hat es sozusagen auch ganz deutlich gesagt – das sind keine sowjetischen Waffen, sondern wir sind jetzt auf Augenhöhe mit dem Westen und sind eine High Tech-Macht. Das sieht man daran. Das heißt, er hat also auch das Selbstbewusstsein der Bevölkerung gefördert und nutzt es auch für seinen Wahlkampf natürlich.

Hagen: Und das heißt, das wird ihm helfen, jetzt wiedergewählt zu werden?

Schröder: Ja. Er wird ganz sicher wiedergewählt. Die Voraussagen sind bei 70 Prozent Beteiligung und 70 Prozent Zustimmung. Das ist ein Wert, mit dem er zufrieden sein kann.

\* \* \*

Hagen

Soweit der Politikwissenschaftler und Russlandexperte Hans-Henning Schröder aus Bremen. Das vollständige Interview können Sie auf unserer Seite im Internet unter [ndr.de/Streitkräfte](http://ndr.de/Streitkräfte) nachhören.

Mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandprodukts eines Landes sollen in den Wehretat fließen - darauf haben sich die NATO-Staaten vor vier Jahren geeinigt. Aber dieses Ziel liegt für die meisten Länder noch in weiter Ferne. In Deutschland betrug der Wehretat im vergangenen Jahr mit 37 Milliarden Euro gerade mal 1,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Der amerikanische Präsident Trump hatte zu Beginn seiner Amtszeit sogar Zweifel an dem Willen der Vereinigten Staaten aufkommen lassen, den NATO-Partnern im Verteidigungsfall zu Hilfe zu kommen, wenn die ihre Rüstungs-Aufwendungen nicht erhöhen. Auch die neuen Strafzölle auf Stahl und Aluminium hat er jetzt mit diesem Argument begründet. Aber das war offenbar nicht ganz uneigennützig. Denn die amerikanische Regierung will auch die Waffenexporte der heimischen Rüstungs-Industrie ankurbeln. Jerry Sommer berichtet.



### Manuskript Jerry Sommer

Die USA haben in den vergangenen Jahren Waffen im Wert von jeweils über 25 Milliarden US-Dollar ins Ausland exportiert. Nach Berechnungen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI kommt ein Drittel der weltweiten Rüstungsexporte aus den Vereinigten Staaten. Der Umfang der amerikanischen Waffenausfuhren nehme seit 10 Jahren zu, sagt die Rüstungsexpertin von SIPRI, Aude Fleubert:

### O-Ton Fleubert (overvoice)

„Die US-Rüstungsexporte sind erheblich angestiegen. In den letzten fünf Jahren war ihr Wert um über 20 Prozent größer, als im Fünf-Jahreszeitraum zuvor. Das hat schon vor Trumps Amtsantritt begonnen - unter der Präsidentschaft von Obama.“

Im ersten Jahr von Donald Trump hat sich dieser Trend fortgesetzt. Aber das ist seiner Regierung nicht genug. Die Rüstungsexportrichtlinien werden gegenwärtig in Washington überarbeitet, um Waffenexporte zu erleichtern. Das Ziel formulierte ein Regierungsvertreter in der Tageszeitung „Washington Times“ folgendermaßen:

### Zitat

„Wir müssen die Rüstungsexportgenehmigungen besser und schneller erteilen - besonders bei Anfragen aus Ländern, die sonst von China, Russland, Frankreich Australien und Israel kaufen würden.“

Die zuständige Staatssekretärin im US-Außenministerium, Ellen Lord, erklärte, dass der Zeitraum zwischen Antragstellung und Genehmigung halbiert werden soll. Die Staatssekretärin kennt die Wünsche der Industrie - sie war bis vor kurzem selbst Vorstandsvorsitzende der Rüstungsfirma Textron Systems.

Auch die US-Botschafter und -Diplomaten in aller Welt sollen noch stärker als bisher für den Kauf von amerikanischen Waffen werben - um Arbeitsplätze in den USA zu schaffen. Präsident Trump praktiziere in Bezug auf Rüstungsexporte schon seit seinem Amtsantritt einen neuen Stil, sagt Jeff Abramson von der „Arms Control Association“ in Washington:

#### O-Ton Abramson (overvoice)

„Das Herangehen hat sich schon geändert. Wenn Donald Trump auf Auslandsreise geht, wirbt er für Rüstungsexporte. Letztes Jahr zum Beispiel brüstete er sich nach seinem Besuch in Saudi-Arabien, Waffenexporte im Wert von 110 Milliarden Dollar vereinbart zu haben.“

Eine weitere geplante Änderung: Die Zuständigkeit für den Export von bestimmten Kleinwaffen soll vom Außenministerium auf das Handelsministerium übergehen. Das kritisierte der demokratische Politiker Ben Cardin im außenpolitischen Ausschuss des US-Senats scharf:

#### O-Ton Cardin (overvoice)

„Wenn das Handelsministerium zuständig wird, verliert unser Ausschuss alle Kontrollbefugnisse. Das bedeutet Menschenrechte und andere Themen werden nicht mehr in die Entscheidung einbezogen“.

Die US-Regierung muss den Kongress über jeden von ihr genehmigten Rüstungsexport informieren. Der Kongress kann Einspruch erheben. Letztes Jahr gab es den bisher wohl stärksten Widerstand, als die Trump-Administration den Export von Präzisionswaffen nach Saudi Arabien genehmigt hatte. Ein solcher Waffenexport war noch 2016 von US-Präsident Obama storniert worden - wegen der vielen zivilen Opfer, die die saudi-arabische Militäroperation im Jemen gefordert hatte. Jeff Abramson von der Washingtoner „Arms Control Association“ über die Opposition im US-Senat:

#### O-Ton Abramson (overvoice)

„In der Regel haben die Vorsitzenden der Kongressausschüsse die Waffenexporte abgesegnet, bevor die Regierung den Kongress über ihre Exportgenehmigung informiert. Doch im vergangenen Mai lehnten 47 von 100 Senatoren den Export von Präzisionsmunition an Saudi-Arabien ab. Eine solch starke Opposition ist wirklich außergewöhnlich.“

Aber diesmal genehmigte die Senatsmehrheit die Lieferung der Munition an Saudi-Arabien. Dass die Rüstungsexporte in der Regel vom Kongress durchgewinkt werden, liegt auch an dem Einfluss der Rüstungsindustrie im Lande, glaubt Jeff Abramson:

#### O-Ton Abramson (overvoice)

„Die Rüstungsindustrie ist gut eingebettet im US-System. Sie hat an vielen Orten Betriebe aufgebaut. Es gibt also überall im Land eine Anhängerschaft von Rüstungsexporten.“

Entsprechend den bestehenden noch von Obama erlassenen Richtlinien für Rüstungsexporte, muss die Regierung bei einer Genehmigung eine Reihe von Faktoren berücksichtigen und gegeneinander abwägen: Waffenexporte sollen unter anderem der Sicherheit der USA und ihrer Verbündeten dienen. Mit dem Verkauf von US-Waffen soll aber auch der Industriestandort USA gestärkt werden. Gleichzeitig sollen regionale Stabilität und eine friedliche Konfliktlösung gefördert und ein regionaler Rüstungswettlauf vermieden werden. Schließlich müsse sichergestellt sein, dass die Waffenexporte nicht zur Verletzung von Menschenrechten und des humanitären Völkerrechts führen.

Die Richtlinien ermöglichen also eine große Flexibilität. In der Praxis haben geostrategische und ökonomische Gründe meistens im Vordergrund gestanden - auch unter Präsident Obama. Nur am Ende seiner Amtszeit hat er einige Waffenexporte abgelehnt - aus Sorge vor ihrem Menschen- oder völkerrechtswidrigen Einsatz. Nicht genehmigt wurden der Export von Präzisionsmunition an Saudi-Arabien und der Verkauf von Kampfflugzeugen an das ebenfalls in Jemen kriegführende Scheichtum Bahrain, sowie von Kampfflugzeugen an Nigeria. Die nigerianische Armee war beschuldigt worden, schwere Menschenverletzungen begangen zu haben. Allerdings: inzwischen sind all diese Waffenexporte von der Regierung Trump genehmigt worden. Das verheiße für die Zukunft nichts Gutes, sagt Rüstungsexportkritiker Jeff Abramson:

#### O-Ton Abramson (overvoice)

„Die Trump-Regierung scheint Menschenrechtsprobleme nicht mehr berücksichtigen zu wollen. Stattdessen wird darüber geredet, dass die USA ihren Anteil am internationalen Rüstungsmarkt erhöhen müssten. Das geht aber wohl nur mit Rüstungsexporten in Länder, bei denen es erhebliche Bedenken wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen gibt.“

Vertreter der Trump-Regierung widersprechen zwar der Annahme, dass nach den neuen Rüstungsexportrichtlinien das Thema Menschenrechte gar keine Rolle mehr spiele. Doch angesichts der Genehmigungspraxis ist offensichtlich,

dass diesem Aspekt bei der Entscheidungsfindung noch weniger Gewicht beigemessen werden soll als bisher.

Dem gegenüber wird der wirtschaftliche Nutzen von Rüstungsexporten für die USA noch wichtiger. Aude Fleubert vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI hält das für falsch:

O-Ton Fleubert (overvoice)

„Waffen sind ja nicht ein Wirtschaftsgut wie jedes andere. Man darf die nicht an jeden verkaufen. Sie können eine zerstörerische Wirkung haben. Deshalb wäre es besser, nicht wirtschaftliche, sondern politisch-strategische Überlegungen in den Vordergrund zu stellen. Man sollte vor allem das Land analysieren, in das Waffen verkauft werden sollen - ob es Krieg führt, ob es im Inneren Gegner unterdrückt.“

Inwieweit die neuen Richtlinien tatsächlich zu einer weiteren Erhöhung der US-Rüstungsexporte führen, ist abzuwarten. Denn die internationale Konkurrenz nimmt zu. Aber andere Rüstungsexporteure könnten sich gedrängt fühlen, ebenfalls ihre Rüstungsexportrichtlinien zu lockern. Aude Fleubert:

O-Ton Fleubert (overvoice)

“Länder wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland, die ja Konkurrenten der USA sind, werden vielleicht ihre Exportbemühungen verdoppeln, um ihren Weltmarktanteil am Rüstungsexport zu halten. Das kann zu neuen Problemen führen, wenn man darüber entscheidet, wem welche Waffen verkauft werden dürfen.“

Statt einer Lockerung der Rüstungsexportrichtlinien fordern Menschenrechtsorganisationen und Konfliktforscher in den USA das Gegenteil: Strengere Kriterien, mehr Transparenz und weniger Waffenexporte. Aber ihre Warnungen werden wahrscheinlich nicht gehört werden.

\* \* \*

Hagen

Jerry Sommer über Exporterleichterungen für amerikanische Rüstungsgüter. Auch in unserem nächsten Beitrag geht es um Rüstungsexporte, allerdings betrachten wir diesmal die andere Seite. Die Bundeswehr braucht in absehbarer Zeit einen Nachfolger für den Tornado. Das Kampfflugzeug ist in die Jahre

gekommen. Nun steht das Verteidigungsministerium vor einer schwierigen Entscheidung: Soll der Tornado durch ein schon existierendes Kampfflugzeug ersetzt werden, das in einem anderen Land gebaut wird, also importiert werden müsste, oder soll Deutschland ein eigenes Kampfflugzeug gemeinsam mit Partner-Staaten entwickeln? Björn Müller über eine schwierige Gemengelage.

### Manuskript Björn Müller

Das Kampfflugzeug Tornado ist inzwischen mehr als 40 Jahre alt. Die Maschine ist bis heute das Rückgrat der deutschen Luftwaffe. Den Tornado gibt es in drei Varianten: als Jagdbomber, Aufklärer und Träger taktischer US-Atomwaffen vom Typ B-61 für die nukleare Teilhabe Deutschlands im Rahmen der NATO. Trotz des hohen Alters feierte die Bundeswehr den Tornado noch 2014 in einem YouTube-Video als uneingeschränkt zukunftsfähig:

### O-Ton Bundeswehr-Video

„40 Jahre nach dem Erstflug gehört der Tornado noch lange nicht zum alten Eisen. Im Lauf der Jahrzehnte wurde er regelmäßig modernisiert. Mit dem neuesten Fähigkeitsstandard ist die gesamte Tornado-Flotte von derzeit 85 Flugzeugen flexibler einsetzbar, so dass der Tornado über das Jahr 2025 hinaus ein modernes Mehrzweckkampfflugzeug bleibt.“

Lange galt bei der Bundeswehr: Der Tornado wird immer wieder modernisiert und bis in die 2030er Jahre betrieben. Parallel dazu werde der Eurofighter peu a peu in die Lage versetzt, auch die Rolle als Jagdbomber vom Tornado zu übernehmen.

Doch von dieser gemächlichen Strategie ist inzwischen keine Rede mehr. Seit verganginem Jahr setzt sich die Luftwaffe für den Kauf eines ganz neuen Jets als Tornado-Ersatz ab 2025 ein. Gedrängt wird auf eine Entscheidung noch in diesem Jahr.

Zur Begründung teilt ein Sprecher der Luftwaffe NDR-Info mit - Zitat:

### Zitat

„Der Tornado wurde explizit dafür entwickelt, um im Tiefflug die feindliche Flugabwehr unterfliegen zu können. Moderne Luftstreitkräfte verfügen jedoch über Kampfflugzeuge und Flugabwehrraketensysteme, die auch sehr tief fliegende Ziele in der Tiefe des Raums bekämpfen können.“

Vor allem Russland hat seine Flugabwehr weiterentwickelt. Das neueste System S-400 gilt als das leistungsfähigste weltweit. Die Flugabwehrraketen sollen Ziele schon in 400 Kilometern Entfernung und wenige Meter über dem Boden treffen können. Doch die Luftwaffe drängt nicht aus militärischen Gründen auf eine schnelle Regelung der Tornado-Nachfolge. Für Marcel Dickow, Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, gibt es noch ein ganz anderes Motiv:

#### O-Ton Dickow

„Das heißt, wir reden über eine große Summe, die das Parlament, der Haushaltsausschuss am Ende bewilligen muss. Und das ist in Zeiten, in denen es Deutschland gut geht, natürlich einfacher und ohne große Schmerzen zu bewerkstelligen als in Zeiten, in denen die knappen Kassen vorherrschen und in denen man möglicherweise eben andere Projekte auch durchbringen will, die dann Rüstungsprojekte in den Hintergrund drängen könnten.“

Deutschlands Wirtschaft boomt seit Jahren, die Steuereinnahmen sprudeln. Mit der Krim-Annexion Russlands 2014 wurde die Öffentlichkeit, und damit die Politik, empfänglicher für aufwendige Rüstungsprojekte. Offiziell untersucht die Bundeswehr zurzeit zahlreiche Optionen für die Tornado-Nachfolge, darunter den Kauf diverser US-Kampffjets. Anfang Sommer sollen erste Ergebnisse vorliegen, teilt die Luftwaffe auf Anfrage von NDR Info mit.

Gegenwärtig zeichnen sich drei mögliche Lösungen ab. Erstens: Eine weitere Laufzeitverlängerung des Tornados bis 2035 und darüber hinaus. Zweitens: Seine Ablösung durch den Eurofighter ab 2025. Oder drittens die Nachfolge des Tornados durch das neueste Mehrzweckkampflugzeug der USA, die F35.

Der neue US-Jet F35 ist das Wunschflugzeug der Luftwaffe. Im November vergangenen Jahres sagte Luftwaffeninspekteur Karl Müllner auf der International Fighter Conference in Berlin - Zitat:

#### Zitat

„Aus militärischen Gesichtspunkten brauchen wir eine geringe Radar-Signatur und die Fähigkeit, aus großer Distanz Ziele zu erkennen und zu bekämpfen.“

Die F35 ist das einzige Flugzeug der von der Bundeswehr in Betracht gezogenen Optionen, das über Tarneigenschaften gegen die Radarerfassung verfügt.

Dafür, dass die F35 ein naheliegender Tornado-Ersatz sein könnte, spricht ein weiteres Argument, findet Christian Alwardt, Rüstungsexperte am Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik IFSH:

#### O-Ton Alwardt

„Bereits sechs andere NATO-Länder haben die F35 geordert. So dass unter diesen Gesichtspunkten - vor allem der Interoperabilität - einiges eher für die F35 - dann aus rein militärischer Perspektive - sprechen würde.“

Neben den USA haben die NATO-Staaten Großbritannien, Italien, die Niederlande, Dänemark und Norwegen mit der Einführung der F-35 begonnen. Das Flugzeug soll zudem in die Lage versetzt werden, auch modernisierte B61-Atombomben der USA zu tragen. Der Eurofighter ist hierzu derzeit nicht in der Lage. Die notwendige Anpassung, um auch US-Atomwaffen tragen zu können, würde es nach Experten-Meinung notwendig machen, den Amerikanern den Einblick in wichtige Technologien des Eurofighters zu erlauben. Offen ist, ob alle Hersteller-Staaten des Flugzeuges dazu bereit wären.

Beim Kauf der F-35 von den USA gäbe es dieses Problem nicht. Das Flugzeug ist allerdings sehr teuer. Die Kosten für das F35-Programm belaufen sich nach Angaben des Pentagons inzwischen auf mehr als 400 Milliarden US-Dollar. Außerdem gibt es immer wieder Berichte über Probleme mit der Software des Jets. Moderne Waffensysteme sind sehr komplex. Es könnte daher noch Jahre dauern, bis der Kampfjet voll einsatzfähig ist.

Im Gegensatz zur Luftwaffe, die die F-35 bevorzugt, favorisiert das Bundesverteidigungsministerium eine andere Lösung. Ein Ministeriumssprecher teilte NDR-Info mit – Zitat:

#### Zitat BMVg

„Bei der Nachfolge des Waffensystems Tornado wird prioritär das europäische Kampfflugzeug Eurofighter betrachtet.“

Die Motive des Ministeriums sind für den Militärexperten Marcel Dickow von der Stiftung Wissenschaft und Politik nachvollziehbar:

### O-Ton Dickow

„Der Eurofighter ist das europäische Kampfflugzeug. Und die nukleare Rolle eines Eurofighters wäre sozusagen eine Fortsetzung dieses relativ erfolgreichen Projekts. Und würde auch einen Fingerzeig darauf geben, dass ein nächstes Kampfflugzeug einer zukünftigen Generation auch ein europäisches Projekt wird. Also da geht es durchaus um die europäische Rüstungsindustrie und da geht es auch um Argumente sozusagen der strategischen Unabhängigkeit der USA.“

Denn Deutschland will mit Frankreich in diesem Jahr Pläne für einen gemeinsamen Kampfjet der kommenden Generation vorlegen. Dieser wird aber erst in den Jahren ab 2040 verfügbar sein. Dafür scheint den Planern im Verteidigungsministerium der Eurofighter möglicherweise als militär-politisch geeignete Übergangslösung. Zunächst nur als wendiger Abfangjäger für den Luftkampf gegen Feindjets konzipiert, wird der Eurofighter schon seit Jahren nachgerüstet, so dass er auch Bodenziele bekämpfen kann, so wie der Tornado.

Der Eurofighter als Tornado-Nachfolger? Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Hans-Peter Bartels, hält nichts davon, allein auf den Eurofighter zu setzen:

### O-Ton Bartels

„Wenn irgendwas an einem Flugzeug ist, steht die ganze Flotte. Bei den Hubschraubern haben wir das schon öfters erlebt. So auch bei Flugzeugen schon. Also zwei Flugzeuge zu haben ist für die Verfügbarkeit unbedingt besser, als sich auf eins für alle Aufgaben zu verlassen. Also insofern, wenn der Tornado ersetzt werden muss, spricht schon einiges dafür, dass es ein anderes Flugzeug ist als der Eurofighter.“

Das letzte Wort wird allerdings der Bundestag haben, der die Mittel für den Tornadonachfolger bewilligen muss. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Fritz Felgentreu, favorisiert die F-35 der USA, weil in diesem Fall keine Entwicklungskosten mehr anfallen. Der Verteidigungsexperte der Unions-Fraktion, Henning Otte, hält sich bedeckt. Er will erst die Ergebnisse der Bundeswehr über die Prüfung der Tornado-Nachfolge abwarten. Einig sind sich Union und SPD offenbar, dass Deutschland aus politischen Gründen an der nuklearen Teilhabe festhalten soll - also an der Möglichkeit, weiterhin Kampfflugzeuge als Trägersysteme mit US-Atombomben zu bewaffnen. Denn dieser Beitrag verleihe Deutschlands Wort mehr Gewicht bei Atomwaffen-Diskussionen in der NATO als NATO-Staaten ohne nukleare Teilhabe.



Experten halten es für wahrscheinlich, dass sich die Politik am Ende für die unspektakulärste Lösung entscheiden wird - die erneute Modernisierung der Tornados, so dass sie bis 2035 im Einsatz bleiben können. So ließe sich möglicherweise auch eine öffentliche Diskussion über die nukleare Teilhabe vermeiden. Beim Kauf der F-35 wäre das vermutlich schwieriger.

\* \* \*

### Hagen

Björn Müller über die Suche nach einem Tornado-Nachfolger. Mehr Informationen über die taktischen Aufgaben des Kampfflugzeugs finden Sie auch bei uns im Netz unter [ndr.de/streitkraefte](http://ndr.de/streitkraefte) - ebenso wie unser Podcast-Angebot und das Manuskript der Sendung.

Damit geht diese Ausgabe von Streitkräfte und Strategien zu Ende. Am Mikrofon war Joachim Hagen.